

Der USA-Heilmittel-Skandal

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ausdrückte, beschäftigt sich Nixon weniger mit den *Problemen*, die vorliegen, in diesem Fall z.B. mit der Freiheit der Äusserung, als mit der *Politik* der Probleme, d.h. mit den Möglichkeiten, sie für seine Zwecke zu benützen.

Ohne Zweifel werden an der kommenden Konferenz Fragen freier Meinungsäusserung an Radio und Fernsehen zur Sprache kommen. Auch wenn man von einer solchen ersten Konfrontation nicht zu viele Verbesserungen erwarten darf, so ist doch die Empörung über die gefährliche Wirkung der Massenmedien in manchen Schichten der USA-Bevölkerung so nachhaltig, dass man auch bei uns gut daran tut, die Protestbewegung zu verfolgen, umsomehr als auch in der Schweiz private Gruppen und Verbände offen oder versteckt immer wieder versuchen, Radio und Fernsehen ihren Sonderinteressen dienstbar zu machen, selbst wenn das von den zuständigen Organen bestritten wird.

New York Times, 30. November Red.

Verschmutzung der Atmosphäre lässt die Erdtemperatur sinken

Ein amerikanischer Wissenschaftler stellte fest, wenn sich die Verschmutzung (pollution) der Atmosphäre im jetzigen Tempo fortsetze, würde die Temperatur an der Erdoberfläche sinken.

William Marlatt, Dozent für die Erforschung der Atmosphäre von der staatlichen Universität von Colorado, traf in Melbourne ein, wo er an einer Konferenz über Sonnenenergie teilnimmt. Prof. Marlatt erklärte, die Verschmutzung der Luft durch Flugzeuge und Industrie erzeuge einen Filter um die Erde, der die Strahlen der Sonne absorbiere und reflektiere.

Er sah voraus, dass die Temperatur an der Erdoberfläche innerhalb von 15–20 Jahren um mehrere Grade sinken werde, falls die Verschmutzung im heutigen Tempo zunehme. Er gab bekannt, Piloten hoch fliegender Flugzeuge hätten Schichten von Verschmutzung festgestellt, die vor einigen Jahren nicht bemerkbar waren. Prof. Marlatt meint, es gebe Anhaltspunkte dafür, dass sich der Mensch, was seine Organe betrifft, an das Leben in einer verschmutzten Welt anpasse.

Australian News, 5. März 1970

Der USA-Heilmittel-Skandal

Wenn der gewöhnliche Bürger beanspruchen darf, von seinen Gesundheitsbehörden gegen den Vertrieb schädlicher Heilmittel oder Drogen geschützt zu werden, so hat der Amerikaner, nach den Veröffentlichungen des kalifornischen Arztes *Tom Brewer*, Grund zu schweren Vorwürfen an seine Regierung. In einem Artikel im «Herald of Health» vom Februar dieses Jahres kommt Dr. Brewer zu folgenden Fragen und Feststellungen:

«Wie steht es mit dem Schutz der amerikanischen Bevölkerung, was die Produkte unserer pharmakologischen Industrie und der Bundeskontrolle die-

ser Produkte anbelangt? Lassen wir einige Erklärungen sprechen von Ärzten, die solche offiziell anerkannte Heilmittel verschreiben und von Beamten, die für den Schutz und die Förderung der Gesundheit des amerikanischen Volkes verantwortlich sind.

«Jedes Jahr werden bei uns anderthalb Millionen Patienten in die Spitäler eingewiesen, die unter den nachteiligen Wirkungen offiziell anerkannter Heilmittel leiden.» Herbert L. Ley, Beamter der staatlichen Lebensmittel- und Drogen-Verwaltung.

«Es gibt *gute* Gründe für die Verordnung einer Medizin. Doch mindestens 76 Prozent der Ärzte gehorchen schlechten Beweggründen, wenn sie Mittel verordnen.» Dr. Harry F. Dowling, Heilmittel Kommission der AMA (American Medical Association).

Das Los-Angeles-Bureau für Handelsförderung stellt fest, dass 70 Prozent der amerikanischen Ärzte finanzielle Vergünstigungen akzeptieren, und zwar von sog. drug stores, von Medizinalbedarf-Firmen, Optikern und Laboratorien.

«Weit mehr als 750 Millionen Dollar pro Jahr werden von der Heilmittelindustrie für Inserate und Propagandamaterial aufgewendet, die sich ausschliesslich an Ärzte richten, um sie zu veranlassen, in ihren Rezepten Markenbezeichnungen von Heilmitteln zu nennen.» Dr. Richard Burack, Medizinische Fakultät Harvard.

Die American Medical Association zieht einen jährlichen Gewinn von mehr als 9 Millionen Dollar aus Inseraten der pharmazeutischen Industrie. Viele von deren Anpreisungen sind falsch oder irreführend, erklärt die USA-Nahrungs- und Heilmittel-Verwaltung.

«Das ganze System der Heilmittel-Prüfung ist chaotisch, einseitig, profitorientiert, unwissenschaftlich, unzuverlässig und oft sogar betrügerisch». Dr. Paul Lowinger, Universität von Wayne.

Soweit die Urteile von Ärzten und Kontroll-Instanzen von Heilmitteln.

«Die USA-Nahrungs- und Heilmittel-Verwaltung (Food and Drug Administration, FDA) beschäftigt einen einzigen Arzt, um die Heilmittelkontrolle in ganz Nordamerika zu beaufsichtigen. Dabei sind von 1938–1960 mehr als 7000 neue Drogen oder Heilmittel auf den Markt gelangt.» Walter Rugaber, New York Times.

Seit 1962 führten Dr. Austin R. Stough und die Korporationen, in denen er leitend beteiligt ist, zwischen 25 und 50 Prozent der offiziellen Originaltests durch. Dabei hat Stough keine richtige Ausbildung in Pharmakologie und ist oft seiner gefährlichen Methoden oder mangelhafter Apparatur wegen gerügt worden. Er hat pharmazeutische Produkte folgender Firmen geprüft (Es folgt die Liste solcher amerikanischer Firmen).

Es wird sich kaum ein Amerikaner finden lassen, der nicht mindestens einmal im Jahr ein Heilmittel einer dieser Firmen gebraucht. Die Alabama Medical Association untersuchte seine Test-Arbeit und fand sie «schlechthin unannehmbar». Bei 130 Heilmitteln, die Dr. Stough für 37 führende Heilmittel-Fabrikanten begutachtete, ergab sich kein einziger negativer Befund.

Und doch gab es letztes Jahr eineinhalb Millionen Hospitalisierungen wegen nachteiliger Reaktionen auf offiziell anerkannte und verordnete Medizinen!

«So steht es mit dem behördlichen Schutz auf diesem wichtigen Gebiet. Wer noch daran zweifelt, dass die schätzungsweise 7 Milliarden Dollar, die das amerikanische Volk pro Jahr an die pharmazeutische Industrie bezahlt, eine gewaltige Ausbeutung darstellen, möge sich melden.» (Country Medical Services, Richmond, Kalifornien).

Ein anderes, vertrauliches Gutachten, das dem oben erwähnten Kommissar Dr. Herbert Ley von 7 führenden Wissenschaftern und Beamten der FDA unterbreitet wurde, lautet: «Als Behörde, die die Bevölkerung gegen gefährliche Drogen, verseuchte Nahrungsmittel und andere minderwertige Konsumgüter in Schutz nehmen soll, leistet die amerikanische Regierung ganz untaugliche Arbeit.»

Dieses Verdikt muss noch ergänzt werden durch die Feststellung, dass die Heilmittel-Industrie, nach den Angaben der Federal Trade Commission, dauernd Gewinnraten für sich in Anspruch nimmt, die diejenigen jeder anderen Industrie übertreffen.

Die Prüfung der Angelegenheit lässt keinen Zweifel, dass das amerikanische Volk durch die offizielle Heilmittel-Industrie schändlich ausgebeutet wird, dass die Ärzteschaft als williger Partner an dieser Ausbeutung beteiligt ist und dass die Bundesregierung sowohl unfähig, wie nicht daran interessiert ist, ihre Rolle als Hüterin der Volksgesundheit auszuüben. Die Übertreibung der Marihuana-Affäre und die brutalen Strafen, die für den Gebrauch dieses Rauschmittels verhängt wurden, dürften als Vernebelung gedient haben, um die Tragödie der Heilmittelindustrie zu verbergen.

Auf einem weiteren Gebiet haben sowohl der US-Gesundheitsdienst wie die Nahrungs- und Heilmittel-Kontrolle gründlich versagt. Trotz unwiderleglicher Beweise, dass es eine wissenschaftlich einwandfreie Ernährung ist, und nicht Drogen aller Art, die die schwangere Frau und ihre Leibesfrucht gegen manche Komplikationen der Schwangerschaft schützt, haben es die obenerwähnten Institutionen nicht fertig gebracht, unsere künftigen Mütter gegen brutale Ausbeutung durch die private pharmazeutische Industrie zu verteidigen.

Daran ändert auch eine White-House-Konferenz über Ernährung und Gesundheit, die vom 2–4 Dezember 1969 abgehalten wurde, nicht das geringste. Dass die gewöhnlichsten Krankheitserscheinungen der Schwangerschaft auf falsche Ernährung zurückzuführen sind, wurde nicht anerkannt. Es ist dies das wichtigste Problem unserer armen und unwissenden Bevölkerungsschichten, aber man weigert sich aus Klassen- und Rassengründen, die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschung anzuwenden und die Ausbeutung der Ernährungsschwierigkeiten der Schwangeren durch die pharmazeutische Industrie zu stoppen.

Eine offensichtliche und schmerzliche Lehre aus dieser White-House-Konferenz, sagt Dr. Brewer, liegt darin, dass wir nicht darauf zählen können, das gegenwärtige Wirtschaftssystem werde die Missbräuche und Ungerechtigkeiten korrigieren, die die direkte Folge dieses Wirtschaftssystems sind.

Eine Nation, die von Millionären regiert wird, kann ihre hungernden Frauen und Kinder nicht ernähren, wenn sie nicht zuerst den Millionären die politische Macht entzieht. Alle menschlich denkenden Amerikaner sollten über diese, mit jedem Tag ernster werdenden Probleme gründlich nachdenken.

Red

Die Partnerschafts-Initiative des Baselbietes

Nachdem das Baselbieter Volk in der kantonalen Abstimmung vom 7. Dezember 1969 die Wiedervereinigungs-Verfassung eindeutig verworfen hat, ist am 27. Februar 1970 im Regierungsgebäude zu Liestal das mit insgesamt 23 850 Unterschriften versehene Volksbegehren für regionale Zusammenarbeit eingereicht worden. Mit einer derart hohen Zahl von Stimmberechtigten ist in Baselland noch nie eine Initiative zustande gekommen. Nichts zeigt deutlicher, dass das vierfache Nein vom Dezember nicht gegen den Kanton Basel-Stadt gerichtet war. Es galt ausschliesslich der Bewahrung der kantonalen Selbständigkeit.

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat ein Freund der Wiedervereinigung seine «Begeisterung für die einzigartige Chance, im 20. Jahrhundert mitten in Europa mit demokratischen Mitteln einen Staat aufzubauen,» zum Ausdruck gebracht. Als ehemaliger Verfassungsrat weiss aber jener «Freund» sehr genau, dass es sich mitnichten um einen «neuen Staat» gehandelt hätte, sondern um einen Kompromiss zwischen zwei bestehenden Staatswesen und erst noch um einen faulen, der weder Fisch noch Vogel gewesen wäre. Es hätte die Wiedervermählung einer seit 137 Jahren geschiedenen Ehe bewerkstelligt werden sollen. Wahrlich, keine Sache, für die sich jeder mann begeistern kann; vielmehr eine Sache voller Bedenken und Widerwärtigkeiten. Nachdem sich nun das Baselbiet nach bestem Wissen und Gewissen doch nicht dazu hat entschliessen können, erscheint der klare Entscheid nicht als Verlust, sondern als Gewinn. Es geht nun nicht darum, der ehelichen Hälfte von annodazumal nachzutruern und ihr in pathologischer Rachsucht noch ein paar Rockzipfel abzulisten, d.h. dem Kanton seine unteren Gebiete zu entreissen; vielmehr kann eine gesunde Politik nur noch den entschlossenen Ausbau der *regio basiliensis* ins Auge fassen, die Zusammenarbeit in freundnachbarlicher Partnerschaft nicht nur mit einem, sondern mit allen angrenzenden Kantonen und sogar Ländern. Die Ersetzung der föderalistischen Tradition durch zentralistische Prinzipien würde das Ende der Schweiz bedeuten.

Soeben hat uns der Kanton Bern in der Jurafrage eine Lektion föderalistischer Gesinnung und Grossmut erteilt, welche alle Befürworter eines Grosskantons beherzigen sollten. Es kann einem Grosskanton auch bange werden. Darum verzichte man lieber darauf. Kein Schweizer denkt daran, Uri, Schwyz, Unterwalden und Luzern zusammenzuschweissen, obwohl in einem Grosskanton Luzern die Bevölkerungszahl etwa gleich gross wäre wie dieje-